

Fachplanervertrag Tragwerksplanung

Zwischen

Gemeinde Kirch Jesar
vertreten durch den Bürgermeister Thomas Rischke

- nachfolgend **Auftraggeberin (AG)** genannt –

und

dem bezuschlagten Bieter des Vergabeverfahrens

- nachfolgend **Auftragnehmer (AN)** genannt-

Inhalt

Präambel

§ 1 Gegenstand des Vertrages

§ 2 Grundlagen des Vertrages

§ 3 Leistungsumfang des Auftragnehmers

§ 4 Weitere Pflichten des Auftragnehmers

§ 5 Kosten und Kostenkontrolle

§ 6 Änderung der Planung

§ 7 Vertragsfristen

§ 8 Vergütung des Auftragnehmers

§ 9 Abrechnung - Zahlung

§ 10 Abnahme

§ 11 Haftung

§ 12 Haftpflichtversicherung

§ 13 Kündigung

§ 14 Urheber- und Verwertungsrechte

§ 15 Gerichtsstands-/Schiedsgerichtsvereinbarung

§ 16 Schlussbestimmungen

Präambel

Die Auftraggeberin plant das Feuerwehrhaus der Gemeinde Kirch Jesar neu zu bauen. Gegenstand dieses Vertrages sind Planungsleistungen für den Ersatzneubau des Feuerwehrhauses – Fachplanung Tragwerksplanung Leistungsphase 1 bis 6 gemäß § 49 i.V.m. Anlage 14 HOAI.

Dies vorausgeschickt vereinbaren die Parteien was folgt:

§ 1

Gegenstand des Vertrages

Gegenstand dieses Vertrages sind Leistungen aus dem Leistungsbild Tragwerksplanung, wie es in §§ 49 ff. HOAI enthalten ist, für das folgende Bauvorhaben des AG:

Ersatzneubau des Feuerwehrhauses. Wegen der Einzelheiten wird auf die Allgemeinen Planungsleistungen und auf die Weitere Planungsleistungen LOS 2 der Vergabeunterlagen Bezug genommen.

§ 2

Grundlagen des Vertrages

2.1. Vertragsbestandteile sind vorrangig die in diesem Vertrag getroffenen Regelungen sowie in der Rang- und Reihenfolge ihrer Auflistung:

- a) Die bereitgestellten Vergabeunterlagen des AG zum Vergabeverfahren zur Vergabe-Nr. 2688186 in der bei Ende der Angebotsfrist geltenden Fassung
- b) die im Vergabeverfahren bereitgestellten Bierrundschreiben des Trägers
- c) Das Angebot des AN nebst seinen Anlagen
- d) Die im Vergabeverfahren (Stichtag Bekanntmachung) bis zur Erteilung des Zuschlags (Zugang) gewechselte Korrespondenz zwischen AG und AN.
- e) Die öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen das Bauvorhaben betreffende Normen / Vorschriften, insbesondere planungs- und bauordnungsrechtliche Bestimmungen
- f) Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der bei Vertragsabschluss gültigen Fassung
- g) Das Bürgerliche Gesetzbuch

- 2.2. Bei Widersprüchen der diesem Vertrag zugrunde liegenden Bestimmungen, der Vertragsbestandteile oder der Anlagen untereinander oder zueinander gilt die Rangfolge entsprechend vorstehender Reihenfolge. Bei Widersprüchen innerhalb einer Rangstufe geht grundsätzlich das zeitlich jüngere Dokument dem älteren vor.
- 2.3 Der Vertrag kommt mit dem Zuschlag des AG auf das wirksame Angebot des AN zustande. Eine gesonderte Vertragsunterzeichnung ist nicht vorgesehen.

§ 3

Leistungsumfang des Auftragnehmers

- 3.1. Der AN wird die ihm übertragenen Leistungen und Aufgaben nach den anerkannten Regeln der Technik und insbesondere auch unter Einhaltung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit erfüllen.
- 3.2. Die vom AN zu erbringenden Leistungen sind in zwei Phasen (Projektphasen) eingeteilt:
 - a) Projektphase 1: Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung und Genehmigungsplanung (LPH 1-4)
 - b) Projektphase 2: Ausführungsplanung und Vorbereitung der Vergabe, (LPH 5-6)

Der AG beauftragt den AN zunächst nur mit den Leistungen gemäß Projektphase 1 und behält sich die Beauftragung des AN mit weiteren Leistungen der Projektphase 2 ausdrücklich vor (weitere Beauftragung). Im Falle einer weiteren Beauftragung gelten die Bedingungen dieses Vertrages einschließlich der vereinbarten Vergütung. Die weitere Beauftragung erfolgt durch schriftliche Mitteilung des AG. Der AN ist verpflichtet, den AG auf den Abschluss der jeweils durchgeführten Projektphase hinzuweisen. Der AN kann aus der stufenweisen Beauftragung oder Nichtbeauftragung keinerlei weitergehende Rechte herleiten. Die weitere Beauftragung hängt davon ab, ob der AG für das Projekt Feuerwehrhaus Fördermittel erhält.

- 3.3. Der AG beauftragt den AN für die in § 1 bezeichnete Bauaufgabe gemäß den Regelungen dieses Vertrages mit allen erforderlichen Leistungen sowie sämtlichen sachdienlichen und zweckmäßigen Leistungen, die notwendig werden, um das Bauvorhaben unter Beachtung bereits vorliegenden und vom AG freigegebenen Planungs- und Ausschreibungsunterlagen mangelfrei entstehen zu lassen. Geschuldet im Sinne selbstständiger Teilerfolge sind insbesondere diejenigen Leistungen, die als Grundleistungen in den nachfolgend genannten Leistungsbildern der HOAI im Einzelnen genannt sind, wobei der dort jeweils genannte Leistungs- und Aufgabenkatalog auch den Leistungsumfang der

geschuldeten Leistungen des Auftragnehmers bestimmt, ohne dass damit die Leistungspflichten des AN abschließend bestimmt werden.

Tragwerksplanung gemäß § 51 Abs. 1 HOAI, Anlage 14:

Leistungsphasen 1 bis 6 nach Beauftragung der jeweiligen Projektphase gemäß § 3.2.

3.4. - leer -

3.5. Der AN schuldet des Weiteren sämtliche notwendigen Architektenleistungen, die zur ordnungsgemäßen Erstellung des Bauwerks entsprechend den hier vertraglich vereinbarten Anforderungen an das Bauvorhaben erforderlich sind, auch wenn sie vorstehend nicht im Einzelnen genannt sind.

Der AN hat eine technisch und nachhaltig wirtschaftlich einwandfreie Planung zu erbringen und die Leistungen der Unternehmer sorgfältig zu überwachen. Er wird dabei alle notwendigen Leistungen ausführen, die zur Herbeiführung des Gesamtplanungserfolgs erforderlich sind. Dabei sind die allgemeinen technischen Vorschriften, alle einschlägigen allgemein anerkannten Regeln der Technik einschließlich der Verarbeitungs- bzw. Anwendungsvorschriften und Empfehlungen der Hersteller sowie sämtliche einschlägigen behördlichen und gesetzlichen Regelungen zu beachten.

3.6. Bei geänderten oder zusätzlichen Leistungen, die nach Erbringung der vertraglich geschuldeten Leistungen vom AG gefordert werden und einen nicht unwesentlichen Zeitaufwand verursachen, hat der AN vor Ausführung der Leistungen ein Zusatzangebot für die geänderte oder zusätzliche Leistung vorzulegen. Eine Vergütungspflicht entsteht nur, wenn vor Erbringung der geänderten oder zusätzlichen Leistungen eine gesonderte Honorarvereinbarung mit dem AG zustande gekommen ist. Bei Streit darüber, ob es sich bei den im Zusatzangebot enthaltenen Planungsleistungen um geänderte bzw. zusätzliche Leistungen oder nach diesem Vertrag geschuldete Leistungen handelt, ist der AG berechtigt, eine Anordnung (schriftlich oder in Textform) zu treffen, dass die Leistungen gleichwohl ausgeführt werden sollen und eine Klärung im Nachgang erfolgt.

§ 4

Weitere Pflichten des Auftragnehmers

4.1. Der AN verpflichtet sich, die Interessen des AG umfassend zu beachten und wahrzunehmen. Er erbringt sämtliche seiner Leistungen unter Berücksichtigung der Funktionalität und Wirtschaftlichkeit – auch hinsichtlich der

Lebenszykluskosten nach Erstellung des Bauwerks – unter Beachtung der im Vertrag vereinbarten Planungsziele.

- 4.2. Der AN hat den AG unverzüglich schriftlich auf voraussichtliche Qualitäts-, Kosten- und Terminabweichungen zu jedem Leistungsstand hinzuweisen und gleichzeitig Lösungsvorschläge zu erarbeiten, wie die vom AG vorgegebenen Qualitäten, Kosten und Termine unter den veränderten Umständen dennoch eingehalten werden können.
- 4.3. Der AN hat sämtliche Leistungen nach diesem Vertrag ausschließlich selbst oder mit eigenem Personal zu erbringen. Will er Teilleistungen durch Dritte erbringen lassen, so hat er diese zuvor dem AG zu benennen und dessen Zustimmung hierzu einzuholen. Die Zustimmung gilt als erteilt, soweit es sich um Unterauftragnehmer oder freie Mitarbeiter handelt, die der AN im Vergabeverfahren benannt und der AG dies nicht beanstandet hat. Auch im Falle der Zustimmung bleibt allein der AN gegenüber dem AG verantwortlich.
- 4.4. Personen, die der AN mit der Überwachung der Bauausführung betraut, müssen über eine abgeschlossene Fachausbildung (Dipl.-Ing., Dipl.-Ing. (FH), Ing. (grad.), Master, Bachelor oder vergleichbar) und über angemessene berufspraktische Erfahrungen (Bauüberwachung) – in der Regel drei Jahre – verfügen. Die Personen sind dem Bauherrn namentlich zu benennen; ihre Qualifikation ist auf Wunsch des Bauherrn nachzuweisen. Die nach dem Angebot des Auftragnehmers zur Projektleitung bestimmte Person muss die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen erfüllen. Die nach dem Angebot zur Projektleitung und die zur stellvertretenden Projektleitung bestimmte Person darf nur mit Zustimmung der Auftraggeberin ausgetauscht werden.
- 4.5. Der AN kann sich bei Fehlern oder Mängeln seiner Leistung nicht auf die Sachkunde des AG berufen. Bestätigungen oder Freigaben von Planungen oder sonstigen Leistungen des Auftragnehmers durch den AG entbinden den Auftragnehmer nicht von seiner alleinigen Verantwortlichkeit für die von ihm auf der Grundlage dieses Vertrages erbrachten Leistungen, es sei denn diese beruhen auf einer schriftlich dokumentierten Anweisung durch den AG.
- 4.6. Der AN ist im Rahmen der sich aus diesem Vertrag ergebenden Verpflichtungen für die reibungslose Durchführung des Bauvorhabens verantwortlich. Er hat den AG rechtzeitig auf die Notwendigkeit der Einschaltung von weiteren Fachplanern oder sonstiger Fachleute, z.B. Sachverständiger oder Rechtsberater, hinzuweisen. Im Falle der Beauftragung weiterer Fachplaner durch den AG hat der AN seine Leistungen und die der Fachplaner so rechtzeitig und vollständig zu koordinieren und zu steuern, dass sie sich in die vertraglich vereinbarten Vertragsfristen integrieren lassen.

Der AN prüft die für eine ordnungsgemäße Überwachung der Bauausführung maßgeblichen Unterlagen auf offensichtliche Fehler und zeigt festgestellte Mängel unverzüglich dem AG in Textform so an, dass der AG in der Lage ist, bei den mit der Planung sowie Vorbereitung und Mitwirkung bei der Vergabe

beauftragten Unternehmen auf eine Beseitigung von Mängeln hinzuwirken. Stellt der AN im Zuge der Bauausführung ungeachtet dessen weitere Planungs- oder Vergabebefehle fest, zeigt er auch dies dem AG in Textform so an, dass der AG in der Lage ist, diesen Mängeln vor Ausführung abzuweichen insbesondere darauf bei den mit der Planung sowie Vorbereitung und Mitwirkung bei der Vergabe beauftragten Unternehmen hinzuwirken.

4.7. Folgende Sonderfachleute bzw. andere an der Planung sowie Ausführung des Bauvorhabens bzw. an dessen Überwachung Beteiligte werden neben dem AN beauftragt:

- Fachplaner Gebäude/Innenräume
- Fachplaner Technische Ausrüstung
- Auftragnehmer für Leistungen zur Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination

4.8. Der AN ist verpflichtet, den AG auf Bedenken hinsichtlich, der technischen Ordnungsgemäßheit oder der wirtschaftlichen Lösung von Wünschen oder Vorgaben des AG frühzeitig hinzuweisen und Gegenvorschläge zu unterbreiten.

4.9. Der AN darf den AG nicht rechtsgeschäftlich vertreten. Dies gilt auch hinsichtlich der Anordnung von geänderten Leistungen oder zusätzlichen Leistungen gegenüber bauausführenden Unternehmen.

4.10. Im Rahmen der Leistungserbringung hat der AN sicherzustellen, dass die besonderen Zusagen aus den mit dem Angebot eingereichten Leistungskonzepten, die Gegenstand der Bewertung anhand von Zuschlagskriterien waren, erfüllt werden.

4.11. Der AN erstellt alle zu erstellenden Planungsunterlagen für das Bauvorhaben (wie z. B. Berechnungen, Wärme- und Schallschutz, Leistungsverzeichnisse, Zeichnungen) computergestützt. Die Übergabe erfolgt digital als GAEB/dwg/dxf/pdf. Daneben ist der AN verpflichtet, sämtliche zu erstellende Planunterlagen dem AG in Schriftform vorzulegen. Das gilt auch für zu erstellende Fachplanungen und alle technischen Berechnungen (z.B. Heizlast, Energiepass, Leistungsermittlung ELT etc.).

§ 5

Kosten und Kostenkontrolle

Der AN ist verpflichtet, bei erkennbaren oder drohenden Kostensteigerungen, dem AG geeignete Vorschläge für die Vermeidung von Mehrkosten oder die Einsparung von Kosten zu unterbreiten. Die Vorschläge müssen auch Hinweise zu den Auswirkungen der Einsparungen auf die Qualität und die Termine des Bauvorhabens enthalten. Es handelt sich hierbei um Pflichten des AN, an der Einhaltung des Kostenzieles nach eigenen Kräften im Rahmen der ihm vertraglich obliegenden Leistungen mitzuwirken.

§ 6

Änderungen der beigestellten Planung

- 6.1. Der AG kann verlangen, dass der Auftragsnehmer die ihm für die Bausauführung beigestellte Planung ergänzt oder ändert, soweit dies für eine ordnungsgemäße, insbesondere termingerechte Bauausführung erforderlich ist. Der AG kann insoweit nur solche Änderungen oder Ergänzungen verlangen, soweit diese nicht wesentlich in die beigestellten Planungsunterlagen und den darin verkörperten Entwürfen eingreifen, insbesondere Fragen der öffentlich-rechtlichen Genehmigung des Bauvorhabens dadurch nicht neu aufgeworfen werden.
- 6.2. Angeordnete Änderungen werden nur dann vergütet, wenn der AN den AG vor Beginn der Ausführung dieser Leistungen auf die zusätzliche Vergütungspflicht nach diesem Vertrag, sowie den voraussichtlichen Umfang des zusätzlichen Arbeits- und Zeitaufwands schriftlich hinweist. Die Vergütung erfolgt in diesem Fall entsprechend § 8 Nr. 8.3.

§ 7

Vertragsfristen

- 7.1. Der Architekt bzw. Bauingenieur, der die Objektplanung für Gebäude/Inneres einschließlich Freianlagen erbringt (Los 1 desselben Vergabeverfahrens) wird einen Termin- und Projektablaufplan erstellen. Dieser wird dem AN nach Anfertigung zur Verfügung gestellt. Hinsichtlich der Einzelheiten des Termin- und Projektablaufplans sollen sich der AN, der AG und der Architekt bzw. Bauingenieur (Los 1) verständigen. Ausgehend von einer Zuschlagerteilung bis August 2026 wird der Architekt bzw. Bauingenieur für die Fertigstellung der Projektphase 1 (LPH1 bis 4) den 28. Februar 2027 vorsehen.

- 7.2. Der aufbauend auf dem Termin- und Projektablaufplan gemäß § 7.1 vom AN zu erstellende und ständig fortzuschreibende Detailterminplan hat sämtliche Leistungen des AN sowie alle zur fristgerechten Erfüllung erforderlichen Leistungen, Handlungen und Willenserklärungen des AG unter Beachtung der vereinbarten Prüf- und Zustimmungsfristen ebenso zu enthalten wie die Fremdleistungen der Fachplaner, Genehmigungsbehörden und sonstiger Dritter und der bauausführenden Unternehmen.

Der Detailterminplan ist entsprechend den Erfordernissen der Baumaßnahme dem AG und den übrigen Baubeteiligten zeitnah zu übermitteln. Bei dessen Abarbeitung wird der AN auf etwaige terminkritische Störungen frühzeitig hinweisen.

- 7.3. Für den Fall, dass die auf Basis dieses Vertrags vereinbarten Termine und Fristen durch schuldhaftes Verhalten des AN nicht eingehalten werden oder offensichtlich nicht eingehalten werden können, ist der AG berechtigt, Dritte auf Kosten des AN mit der Unterstützung der rechtzeitigen Erstellung des Bauvorhabens zu beauftragen (Ersatzvornahme), wenn der AG dem AN zuvor erfolglos eine angemessene Nachfrist mit Androhung der Ersatzvornahme gesetzt hat. Das Kündigungsrecht nach § 13 Abs. 3 dieses Vertrages und die Verpflichtung des AN zum Schadensersatz bleiben unberührt.

- 7.4. Verzögerungen und Verlängerungen der Planungs- oder Bauzeit, die nicht vom AG verschuldet sind, berechtigen den AN nicht, sich vom Vertrag zu lösen. Etwaige Mehrvergütungsansprüche bleiben unberührt.

§ 8

Vergütung des Auftragnehmers

- 8.1. Die Honorierung der Leistungen des AN erfolgt auf der Grundlage des Angebots im Vergabeverfahren und im Übrigen auf der HOAI in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses (Zuschlagserteilung) gültigen Fassung.
- 8.2. Nebenkosten im Sinne des § 14 Abs. 2 HOAI werden pauschal entsprechend dem Angebot des AN abgegolten.
- 8.3. Für den Fall, dass dem AN zusätzliche besondere Leistungen übertragen werden und sich die Parteien auf eine Vergütung nach Zeithonorar verständigen, werden die Stundensätze entsprechend dem Angebot des AN vereinbart.

Bei Abrechnung der Stundensätze sind die Namen und Qualifikationen der Mitarbeiter und die Planungsinhalte jeweils nachvollziehbar anzugeben und zu belegen.

- 8.4. Grundlage des Honorars bildet die Kostenberechnung.

§ 9

Abrechnung – Zahlung

- 9.1. Die Parteien vereinbaren leistungsstandabhängige Abschlagszahlungen bis zu jeweils 80 % für die jeweils nachgewiesenen vertragsmäßig erbrachten Leistungen. Alle Abschlagszahlungen setzen ordnungsgemäße und prüfbare Abschlagsrechnungen unter Ausweis des jeweils gültigen Umsatzsteuersatzes bei fortlaufender Nummerierung voraus. Abschlagsrechnungen sind kumulativ aufzustellen. Abschlagsrechnungen werden 30 Werktage nach Zugang beim AG fällig.
- 9.2. Die Honorarschlusszahlung wird fällig, wenn der AN die ihm obliegenden Leistungen vollständig und vertragsgemäß erbracht hat, eine prüffähige Honorarschlussrechnung vorgelegt hat und der AG diese geprüft hat. Die Parteien vereinbaren für die Prüfung der Honorarschlussrechnung einen Prüfungszeitraum von 30 Tagen ab Zugang der Rechnung beim AG. Spätestens mit Ablauf dieser 30 Tage wird die Honorarschlusszahlung fällig, wenn und soweit die Leistungen des AN vollständig und vertragsgemäß erbracht wurden.
- 9.3. Der AN hat Anspruch auf Ersatz der von ihm entsprechend auszuweisenden gesetzlichen Umsatzsteuer gemäß § 16 HOAI.

§ 10

Abnahme

- 10.1. Die Leistungen des AN müssen förmlich abgenommen werden. Hierzu erstellen die Vertragspartner nach ordnungs- und vertragsgemäßer Erbringung sämtlicher geschuldeter Leistungen des AN ein von beiden Seiten zu unterzeichnendes Abnahmeprotokoll.
- 10.2. Der AN kann unter den Voraussetzungen des § 650s BGB Teilabnahme verlangen.
- 10.3. Die vertraglich vereinbarten Leistungen gelten erst als fertiggestellt und abnahmereif, wenn die jeweils notwendigen technischen Prüfläufe erfolgreich abgeschlossen und alle Auflagen erfüllt wurden.

§ 11

Haftung, Mängelansprüche des Auftraggebers

- 11.1. Der AN haftet für die unmittelbaren und mittelbaren Schäden, die auf einem Mangel seiner Leistung bzw. Verzug oder einer sonstigen Verletzung seiner vertraglichen Verpflichtungen beruhen nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- 11.2. Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche nach §§ 633 ff. BGB beträgt 5 Jahre und beginnt mit der Abnahme gemäß § 10.

§ 12

Haftpflchtversicherung

- 12.1. Der AN hat eine ausreichende Haftpflchtversicherung abzuschließen, die folgende Mindestdeckungssummen für dieses Vorhaben enthalten muss:
 - a) Deckungssumme für Personenschäden: EUR 1.000.000
 - b) Deckungssumme für Sach- und Vermögensschäden: EUR 750.000
 - c) Gesamtschadenmindestdeckungssumme: EUR 2.500.000
- 12.2. Die Versicherung muss eine mindestens 5-jährige Nachhaftung nach Ablauf des Versicherungsvertrages für alle Ersatzansprüche haben.
- 12.3. Durch den AN wird dem AG der Abschluss dieser Versicherung für die Laufzeit des Vertrages unverzüglich nach wirksamer Erteilung des Zuschlags und vor Leistungsbeginn durch Übermittlung der Bestätigung des Versicherers nachgewiesen werden. Erfolgt die Prämienzahlung jährlich, so ist mit der jeweiligen Fälligkeit der Prämienzahlung unaufgefordert der Nachweis gegenüber dem AG zu führen. Ein trotz angemessener Fristsetzung fehlender Nachweis berechtigt den AG zur Kündigung aus wichtigem Grund.

In diesem Fall sind nur die vom AN vertragsgemäß erbrachten, in sich abgeschlossenen und nachgewiesenen Leistungen zu vergüten, soweit sie vom AG verwertet werden können. Dem AG entstehende Mehrkosten der Fertigstellung bleiben ebenso wie weitergehende Schäden aus einer derartigen Vertragsbeendigung vorbehalten.

§ 13

Kündigung

- 13.1. Dieser Vertrag ist für den AG nach Maßgabe der gesetzlichen Regelung bis zur Vollendung des Werkes, für den AN nur aus wichtigem Grund kündbar.
- 13.2. Im Falle einer freien Kündigung des AG richtet sich die Vergütung des AN nach § 648 BGB.
- 13.3. Der AG kann den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, wobei als wichtige Gründe insbesondere in Betracht kommen:
- Eigenantrag oder begründeter Fremdantrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des AN
 - erfolgloser Ablauf angemessener Nachfristen bei Überschreitung der vertraglich vereinbarten Termine und Fristen (z.B. gemäß § 7.4 dieses Vertrages)
 - bei nachhaltiger oder wiederholter schuldhafter Vertragsverletzung
 - sonstige Umstände, die es dem AG unzumutbar machen, das Vertragsverhältnis mit dem AN fortzusetzen
- Im Falle der berechtigten Kündigung aus wichtigem Grund kann der AG dem Restvergütungsanspruch des AN für die bis dahin erbrachten Leistungen die nachgewiesenen Mehrkosten einer Ersatzvornahme entgegenhalten.
- 13.4. Der AN ist zur Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt, wenn der AG länger als drei Monate in Zahlungsverzug gerät und auch auf eine angemessene Nachfrist nicht auf berechnete Forderungen des AN leistet.
- 13.5. Jede Kündigung bedarf der Schriftform.
- 13.6. Im Falle einer Kündigung des Vertrages hat der AN seine Planungsleistungen auf Verlangen des AG so zum Abschluss zu bringen bzw. zu übergeben, dass ohne Störung des Gesamtprojektablaufs die Fortführung des Vorhabens ohne zeitliche Verzögerung erfolgen kann. Die Parteien verpflichten sich im Nachgang zur Kündigung abzustimmen, ob und in welchem Umfang noch Restleistungen durch den AN zu erfolgen haben, die die Wirksamkeit der Kündigung im Übrigen unberührt lassen.

§ 14

Urheber- und Verwertungsrechte

- 14.1. Soweit die Leistungen des AN urheberrechtlich geschützt sind, bleiben dessen Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Der AN sichert dem AG zu, dass seine nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen frei von Rechten Dritter sind und stellt den AG von möglichen Ansprüchen Dritter wegen der Verletzung von Urheber- und Leistungsschutzrechten oder sonstigen Rechten frei. Ein Verstoß des AN gegen diese Verpflichtung stellt für den AG einen wichtigen Grund zur Kündigung des Vertrages dar.

Beabsichtigt der AN, vertragsgegenständliche Leistungen von einem freien Mitarbeiter oder sonstigen Dritten erbringen zu lassen, hat er den AG vor Leistungserbringung schriftlich hierauf hinzuweisen, damit eine Übertragung von Verwertungs- und Nutzungsrechten an diesen Leistungen auf den AG mit dem Dritten vereinbart werden kann. Kommt es nicht zu einer solchen Vereinbarung zwischen dem AG und dem Dritten, ist der AN nicht berechtigt, vertragsgegenständliche Leistungen an den Dritten weiter zu beauftragen.

- 14.2. Der AN überträgt dem AG die Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrechte an allen von ihm bzw. von ihm beauftragten Dritten für das vertragsgegenständliche Objekt erstellten Unterlagen und erbrachten Leistungen.

Der AG darf die Unterlagen und sonstigen Leistungen des AN für das vertragsgegenständliche Bauvorhaben ohne Mitwirkung des AN unter Wahrung von dessen eventuellen Urheberpersönlichkeitsrechten nutzen und ändern. Dies gilt auch für das ausgeführte Bauwerk. Der AG wird den AN vor Änderungen eines nach dem Urheberrecht geschützten Werks – soweit zumutbar – anhören. Im Falle erheblicher Abweichungen in Bereichen, die als urheberrechtliches Werk anzusehen sind und die entstellend wirken können, kann der AN verlangen, dass keine Abweichungen vorgenommen werden. In diesem Fall haben die Parteien nach Lösungen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Belange des AG zu suchen.

Der AG hat das Recht zur Veröffentlichung des vom AN geplanten Bauwerks unter Namensangabe des AN. Der AG ist berechtigt, diese Nutzungs-, Verwertungs- und Änderungsrechte auf Dritte zu übertragen.

Mit der vereinbarten Vergütung sind sämtliche Ansprüche des AN im Zusammenhang mit der Übertragung der Nutzungs-, Verwertungs- und Änderungsrechte an seiner Leistung abgegolten.

- 14.3. Der AN ist zu Veröffentlichungen über das vertragsgegenständliche Bauvorhaben mit Einwilligung des AG, die nur aus berechtigten Interessen vom AG verweigert werden darf, befugt.

- 14.4. Sämtliche vorstehenden Regelungen gelten uneingeschränkt auch in jedem Fall der vorzeitigen Vertragsbeendigung. In diesem Fall, hat die Herausgabe der vom AN geschuldeten Unterlagen und Pläne unverzüglich zu erfolgen.

§ 15

Streitfälle und Gerichtsstand

- 15.1. Alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag werden vor den ordentlichen Gerichten ausgetragen, wobei als ausschließlicher Gerichtsstand der Sitz des AG vereinbart wird.
- 15.2. Streitfälle berechtigen die Vertragsparteien nicht, ihre Mitwirkungspflichten an der Vertragserfüllung zu unterlassen. Der AN ist insbesondere nicht berechtigt, seine Planungsleistungen einzustellen oder ein Zurückbehaltungsrecht hinsichtlich seiner Leistungen und der Herausgabe von Unterlagen geltend zu machen.

§ 16

Schlussbestimmungen

- 16.1. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Das gilt aus Beweisgründen auch für diese Regelung selbst.
- 16.2. Sollten Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein, wird dadurch die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung soll dasjenige gelten, was die Vertragsschließenden unter Berücksichtigung von Sinn und Zweck des Vertrages voraussichtlich vereinbart hätten, wenn sie die Unwirksamkeit der Bestimmung erkannt hätten.
- 16.3. Sollten bei der Durchführung des Vertrages Lücken auftreten, so sind diese durch Regelungen zu beheben, die dem wirtschaftlichen Sinn des Vertrages am nächsten kommen.